

Wenn Hochschulmanager von Systemen sprechen

Der größte Unfug des Bologna-Prozesses ist die sogenannte Akkreditierung von Studiengängen: teuer, bürokratisch, fassadenhaft. Sie soll reformiert werden, aber es droht mehr von demselben.

Als das Genehmigungsverfahren für Studiengänge um die letzte Jahrhundertwende an den deutschen Hochschulen eingeführt wurde, waren damit enorme Hoffnungen verbunden. Mit der Einrichtung von privaten Akkreditierungsagenturen würde – so die Position der Bildungspolitiker fast aller Parteien – die Genehmigung der Studiengänge aus den staatlichen Zwängen der Ministerialverwaltung befreit. Das schaffe die Basis für eine ganz neue bunte Vielfalt von neuen Studiengängen.

Die Verschiebung der Kompetenzen für die Genehmigung von Studiengängen von einer letztlich durch Wahlen legitimierten Ministerialbehörde hin zu privatwirtschaftlich agierenden Akkreditierungsagenturen passte in eine Zeit, in der in einem fast Orwellschen Stil Wissenschaftsministerien in Innovationsministerien umbenannt wurden, Bundesländer neue Hochschulgesetze als Hochschulfreiheitsgesetze bezeichneten und das New Public Management weitgehend ungeprüft als neues Wundermittel zur Steuerung von Hochschulen propagiert wurde.

Inzwischen besteht jedoch eine überraschende Einigkeit, dass das Verfahren, jeden einzelnen Studiengang zu akkreditieren, als gescheitert gelten muss. Inzwischen hat fast jeder Hochschullehrer seinen eigenen kleinen Anekdotenschatz darüber. Es wird erzählt, wie man ein komplett neues Modul von den Gutachtern aufgeschwatzt bekommen hat, weil einer der Gutachter auf dem Weg über die Akkreditierung sein eigenes neues Lehrbuch bewerben wollte. Man lacht darüber, wie den Gutachterkommissionen an deutschen Großuniversitäten bei der Akkreditierung von seit Jahrzehnten etablierten Studienfächern Bibliotheken, Seminarräume und Computerausstattung gezeigt werden – gerade so, als ob sich irgendjemand in der Hochschulleitung dafür interessierte, wenn die Akkreditierer zufällig feststellen würden, dass

in einer Institutsbibliothek in den letzten zehn Jahren kaum noch neue Bücher gekauft worden sind. Oder es wird kolportiert, dass nur noch dann, wenn mal wieder eine Gutachterkommission über die Akkreditierung, die Reakkreditierung oder die Rereakkreditierung eines Studiengangs zu entscheiden hat, an der Hochschule leckere Schnittchen gereicht werden, nicht etwa bei Vorträgen von Gastwissenschaftlern oder gar bei Studierendenkonferenzen.

Die unter der Parole „Entfesselung der Hochschulen“ losgetretene Hochschulpolitik hat eine bisher nicht gesehene Bürokratisierungswelle ausgelöst. Für das Akkreditierungsverfahren werden von den Instituten Hunderte von Seiten geschrieben, die die Gutachter vorher angeblich lesen. Dabei wird entsprechend den Anforderungen der Kultusministerkonferenz jeder Studiengang „bolognakonform“ über Leistungspunkte stundengenau vorausgeplant – wohl wissend, dass am Ende noch keinem Institut eine Akkreditierung wegen methodischer Schwächen des Studiengangs verweigert wurde, wohl aber, dass ein Bachelorstudiengang, bei dem am Ende das Zertifikat für 179 oder 181 statt für 180 Leistungspunkte vergeben wird, ganz sicher nicht die Hürde der Akkreditierung nimmt.

Dabei haben die Hochschulen eine neue Kompetenz erworben, die man bisher eher in Großunternehmen vorfinden konnte – den Aufbau einer Schauseite für die Außendarstellung. Kaum ein Akkreditierer ist in der Lage, bei der meist anderthalb Tage dauernden „Begehung“ vor Ort die Auswirkungen eines Studiengangskonzepts vor dem Hintergrund der vorhandenen Lehrenden und Studierenden einzuschätzen. So wird man bei der Begutachtung mit einer Schauseite des Studiengangs abgespeist. Man bekommt nicht den tatsächlichen Studiengang, sondern eine „Bauzeichnung“ präsentiert, die häufig so geschönt ist, dass der Begriff „Plan“ dafür fast eine Übertreibung darstellt.

Es ist gegenwärtig nur eine Frage der Zeit, bis das Akkreditierungsverfahren für einzelne Studiengänge – die sogenannte „Programmakkreditierung“ – abgeschafft werden wird. Vielleicht wird es das Bundesverfassungsgericht sein, das die Genehmigungspflicht von Studiengängen durch private Agenturen kippen wird, vielleicht werden es die Hochschulpolitiker sein, die nicht mehr bereit sind, die enormen Kosten für das Verfahren zu finanzieren, vielleicht wird es auch eine mutige Hochschulrektorin oder Universitätspräsidentin sein, die erklärt, dass die eigene Hochschule für einen solchen bürokratischen Irrsinn keine Zeit und – angesichts der Unterfinanzierung der Hochschulen – auch kein Geld hat, und einfach aus dem Akkreditierungsverfahren aussteigt. In Deutschland ist bisher fast die Hälfte der Studiengänge aus verschiedenen Gründen nicht akkreditiert, ohne dass das bisher Studierende, Arbeitgeber oder auch Graduiertenschulen irgendwie besonders interessiert hat.

Die Lösung des Problems wird nicht in der Abschaffung der Akkreditierung, sondern im Übergang von der Programmakkreditierung zu einer „Systemakkreditierung“ gesehen. Es soll, so der Grundgedanke, nicht mehr die Regelkonformität der einzelnen Studiengänge einer Hochschule zertifiziert werden, sondern die Prozesse der Hochschule zur Qualitätssicherung. Hochschulen sollen die internen Genehmigungs- und Evaluationsverfahren so genau standardisieren und dokumentieren, dass man davon ausgehen kann, dass am Ende „gute Studiengänge“ herauskommen. Nicht mehr die Bauplanung für einen Studiengang, sondern nur noch die Art und Weise, wie die Hochschulen die Erstellung einer Bauplanung eines Studiengangs planen, soll akkreditiert werden. Es wird – und hier wird das beeindruckende Wort verwendet – das „System“ begutachtet und genehmigt, mit dem Hochschulen ihre Studiengänge erstellen und genehmigen.

Ein so stärker in die Kompetenz von Hochschulen verlagertes Genehmigungsverfahren soll es ermöglichen, dass die Initiativen für Organisationsentwicklung und Qualitätsmanagement an den Hochschulen stärker mit dem Genehmigungsverfahren für Studiengänge verzahnt werden können. Die Hochschulen sollen in die Lage versetzt werden, den Wildwuchs einzelner isoliert akkreditierter Studiengänge einzudämmen und stattdessen alle Studiengänge „aus einem Guss“ anzubieten. Und nicht zuletzt sollen die kaum noch zu beherrschenden Bürokratisierungseffekte und damit die Kosten für die Hochschulen reduziert werden.

Empirisch lassen sich die Effekte der Systemakkreditierung noch nicht genau bestimmen, denn bisher hantieren erst einzelne Hochschulen mit diesem Modell. Ein Aspekt macht jedoch skeptisch: Eigentlich müsste die Verlagerung

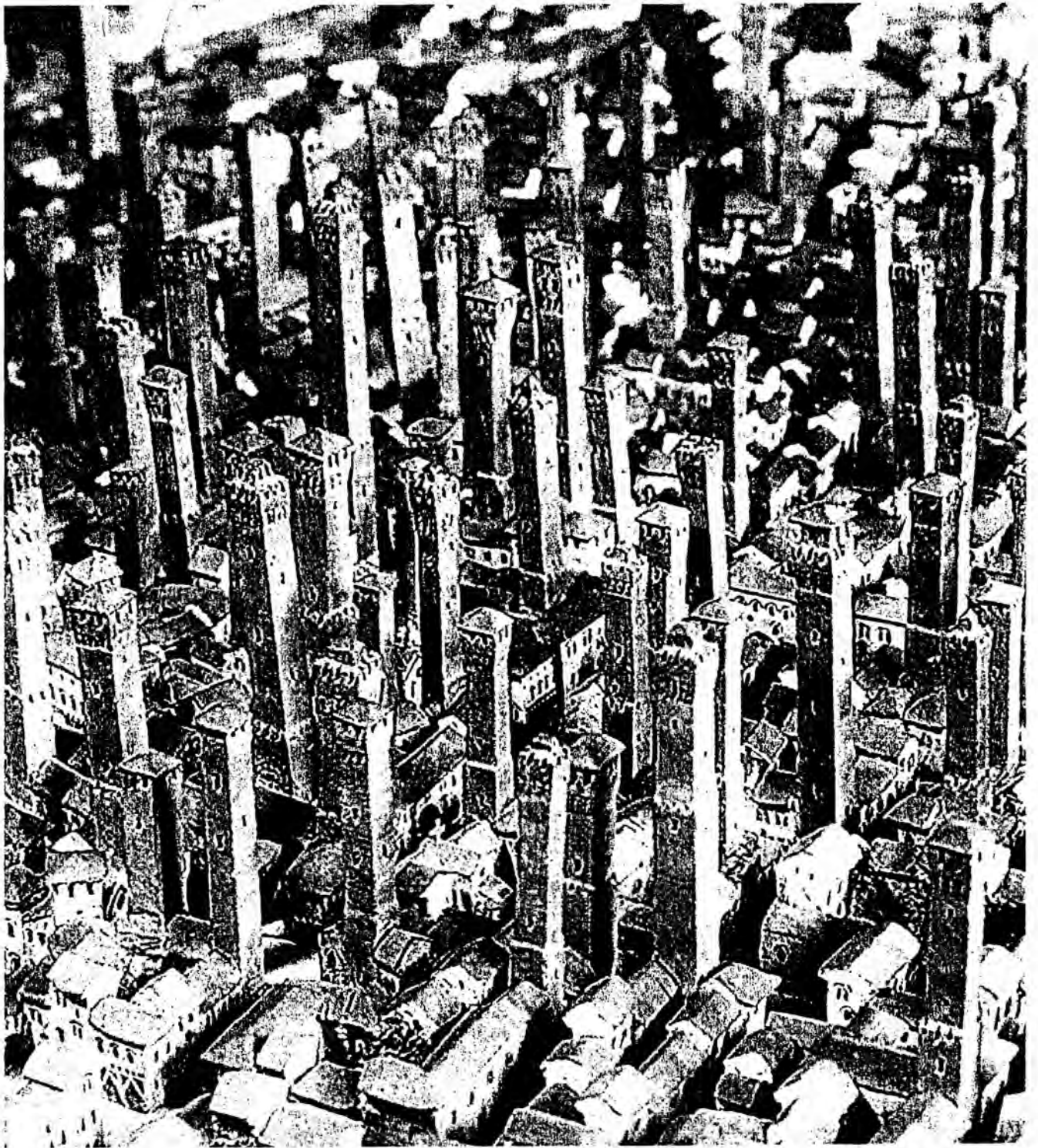
der Kompetenzen in die Hochschulen ein umfassendes Arbeitsplatzvernichtungsprogramm in den privatwirtschaftlich organisierten Akkreditierungsagenturen sein. Schließlich verlieren sie ihr Kerngeschäft der Akkreditierung von Studiengängen. Das Gegenteil scheint aber der Fall zu sein. Wenn man mit Vertretern von Akkreditierungsagenturen spricht, sehen sie in der Systemakkreditierung ein mit staatlichen Geldern finanziertes Wachstumsprogramm für ihre Firmen. Schließlich bedeutet Systemakkreditierung, dass das hochschulinterne Akkreditierungsverfahren wiederum akkreditiert werden muss – und wer anders als die Akkreditierungsagenturen sollte das machen? Und integriert in die Systemakkreditierung ist dann auch die beispielhafte Programmakkreditierung von zehn bis zwanzig Prozent der Studiengänge, so dass auch das Kerngeschäft der Agenturen erhalten bleibt.

Parallel bauen die Hochschulen in der Regel mit aus der Lehre und Forschung abgezogenen Mitteln – eigene neue, bei der Hochschulleitung angesiedelte Stäbe auf, die das hochschulinterne Akkreditierungsverfahren begleiten sollen. Diese neuen Stäbe für Akkreditierungsverfahren, für Lehrevaluation und für Qualitätsmanagement sollen einerseits sicherstellen, dass die Entwicklung, Dokumentation und Evaluation der Studiengänge der einzelnen Fakultäten und Fachbereiche nach in den universitätsinternen Prozesshandbüchern niedergelegten Verfahren stattfinden. Andererseits sollen sie die Akkreditierung ihres eigenen „Systems“ zur Genehmigung von Studiengängen vorbereiten.

Allein an dem erwarteten Personalwachstum in den Akkreditierungsagenturen und an den Hochschulen kann man sehen, dass die Systemakkreditierung nicht zu einem Bürokratieabbau führen wird. Im Gegenteil wird es zu einer weiteren Bürokratisierung an den Hochschulen kommen. Aber das mag zu ertragen und zu finanzieren sein, wenn die Umstellung von der Programm- auf die Systemakkreditierung am Ende zu besseren Studiengängen führt.

Im Moment zeichnet sich jedoch ab, dass das Akkreditierungsverfahren für einzelne Programme lediglich mit Copy and Paste quasi in die Universitäten hineinverlagert wird und dadurch die Kompetenzen für die Studiengänge noch stärker bei der Hochschulleitung zentralisiert werden. Die Aktenordner mit der Darstellung von Studiengängen werden jetzt nicht mehr für die Akkreditierungsagenturen, sondern für die Stabsstellen der Hochschulleitung produziert, die Fachgutachter für einzelne Studiengänge nicht mehr von den Akkreditierungsagenturen zusammengesucht, sondern von den Stabsstellen. Vom Ablauf her bleibt dann alles beim Alten – nur die leckeren Schnittchen für die Gutachter werden wohl demnächst aus Kostengründen verschwinden.

STEFAN KÜHL



Konkurrenz im Bauen. weithin sichtbarer Leuchttürme aus? Ein Modell des mittelalterlichen Bologna Foto Meixner, Schlatter, Wendi